Resolution eingebracht von der Delegation der Bolivarischen Republik Venezuela

Thema Wirtschaftliche und soziale Rechte

Betreff Aufhebung der Wirtschaftssanktionen und humanitärer Zugang für notleidende

Bevölkerungsgruppen

Die Generalversammlung,

Alarmiert über die humanitären Folgen der einseitig verhängten Wirtschaftssanktionen gegen

Venezuela, die den Zugang der Bevölkerung zu medizinischer Versorgung,

Nahrungsmitteln und Energiequellen einschränken.

In Erinnerung rufend, dass die Charta der Vereinten Nationen jegliche einseitige Zwangsmaßnahme

untersagt, die die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit

eines Staates bedroht.

Besorgt über die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Lage, verschärft duch Energie- und

Ernährungskrisen, die sich unmittelbar auf die Entwicklungsländer auswirken.

Überzeugt, dass internationale Zusammenarbeit, Dialog und Solidarität zwischen den Nationen die

einzigen Wege zu nachhaltiger Stabilität sind.

Beschließt - die sofortige Aufhebung der gegen Venezuela verhängten wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen zu fordern, um den freien Fluss lebenswichtiger Güter und

medizinischer Ressourcen sicherzustellen,

die Einrichtung eines humanitären Korridors unter Aufsicht der Vereinten Nationen zu verlangen, um medizinische und Nahrungsmittelhilfe an die am stärksten betroffenen

Bevölkerungsgruppen zu liefern,

- die Schaffung eines Solidaritätsentwicklungsfonds für lateinamerikanische Länder, die von Wirtschaftssanktionen betroffen sind, zu fördern, um deren soziale und

Bildungsprogramme zu unterstützen,

das souveräne Recht Venezuelas zu bekräftigen, seine natürlichen Ressourcen im

Einklang mit dem Völkerrecht zum Wohle seiner Bevölkerung zu nutzen,

die Mitgliedstaaten aufzufordern, den diplomatischen Dialog zu bevorzugen und

jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas zu beenden.

Der deutsche Text ist maßgebend.